

Terms and Conditions

The Library provides access to digitized documents strictly for noncommercial educational, research and private purposes and makes no warranty with regard to their use for other purposes. Some of our collections are protected by copyright. Publication and/or broadcast in any form (including electronic) requires prior written permission from the Library.

Each copy of any part of this document must contain there Terms and Conditions. With the usage of the library's online system to access or download a digitized document you accept there Terms and Conditions.

Reproductions of material on the web site may not be made for or donated to other repositories, nor may be further reproduced without written permission from the Library

For reproduction requests and permissions, please contact us. If citing materials, please give proper attribution of the source.

Imprint:

Director: Mag. Renate Plöchl

Deputy director: Mag. Julian Sagmeister

Owner of medium: Oberösterreichische Landesbibliothek

Publisher: Oberösterreichische Landesbibliothek, 4021 Linz, Schillerplatz 2

Contact:

Email: [landesbibliothek\(at\)ooe.gv.at](mailto:landesbibliothek(at)ooe.gv.at)

Telephone: +43(732) 7720-53100

sterium für Volksgesundheit und soziale Fürsorge“ das Sanitäts- und das Fürsorgewesen vereint. Gerade aber bei Ausübung staatlichen Einflusses auf das Fürsorgewesen wird mit vorsichtiger Zurückhaltung vorgegangen werden müssen. Nichts ist weniger geeignet für Bürokratisierung und Schematisierung als Fürsorgetätigkeit, und gerade bei uns erscheint jetzt, da alles erst im Werden begriffen ist, sorgsame Schonung des Bestehenden, Schaffung möglichst freier Entwicklungsmöglichkeit für die bestehenden Ansätze nützlicher als allzu straffe Zentralisierung.

Es sei auch darauf hingewiesen, daß, was es vor dem Kriege an Zentralstellen sowohl bei uns als in Deutschland gab, fast ausnahmslos keine Amtsstelle war, und in Deutschland sind während des Krieges weitere solche Zentralstellen entstanden, zum Beispiel der „Hauptausschuß der Kriegswitwen- und -waisenfürsorge“, der unter Mitarbeit hoher Beamter und in steter Fühlung mit den zentralen Amtsstellen arbeitet, aber dabei durchaus den Charakter einer durch freiwilligen Zusammenschluß entstandenen Vereinigung trägt. Weder dieser „Hauptausschuß“ noch andere zum Teile durch amtliche Anregung entstandene Zentralstellen reglementieren oder ordnen an, sie sind ausschließlich anregende, beratende und begutachtende Stellen.

Bei uns aber macht sich in neuester Zeit allzusehr das Bestreben geltend — zum Teil auf Kosten und mit Unterdrückung privater Vereinigungen — der Fürsorgetätigkeit einen amtlichen Stempel aufzudrücken und sie zu reglementieren, obwohl es gewiß fraglich erscheint, ob gerade unsere Bürokratie über so besondere organisatorische Fähigkeiten verfügt. Wir wollen hoffen, daß der Organisator des neuen Ministeriums (Baernreither), der jahrelang an der Spitze großer privater Zentralvereinigungen sozialer Fürsorge stand, hier den richtigen Mittelweg finden wird.

*

Wenn ich einleitend darauf hingewiesen und die Gründe dargelegt habe, warum wir seit Kriegsbeginn nichts mehr von Sozialpolitik hören, so ist damit noch nicht erklärt, warum die „Soziale Fürsorge“ nun in aller Munde.

Zum Teil erklärt sich dies rein psychologisch. Weite Schichten der Besitzenden, denen es sonst ganz selbstverständlich schien, daß es eine große Masse Armer gebe, die es als ganz selbstverständlich ansahen, daß diese Masse durch ihre Arbeit die Gesellschaft, durch ihre Steuerleistung den Staat erhält, und die aus diesen Tatsachen niemals Pflichten für sich abgeleitet haben, sie werden sich dieser Pflichten bewußt, da sie sehen, daß dieselbe Masse nun Leben und Gesundheit der Verteidigung des Vaterlandes opfert. So beteiligen sich heute Männer und Frauen an der sozialen Fürsorge, die sonst nie Verständnis für diese Dinge gezeigt oder gar betätigt haben.

Dazu aber kommen noch rein praktische Erwägungen: Woher sollen künftig Industrie und Landwirtschaft Arbeiter, woher soll der Staat Steuerzahler und Soldaten nehmen, woher sollen nach dem Kriege die Menschen kommen, die der Staat braucht, um